



Neues aus dem Landtag

Okt. 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im Oktober in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

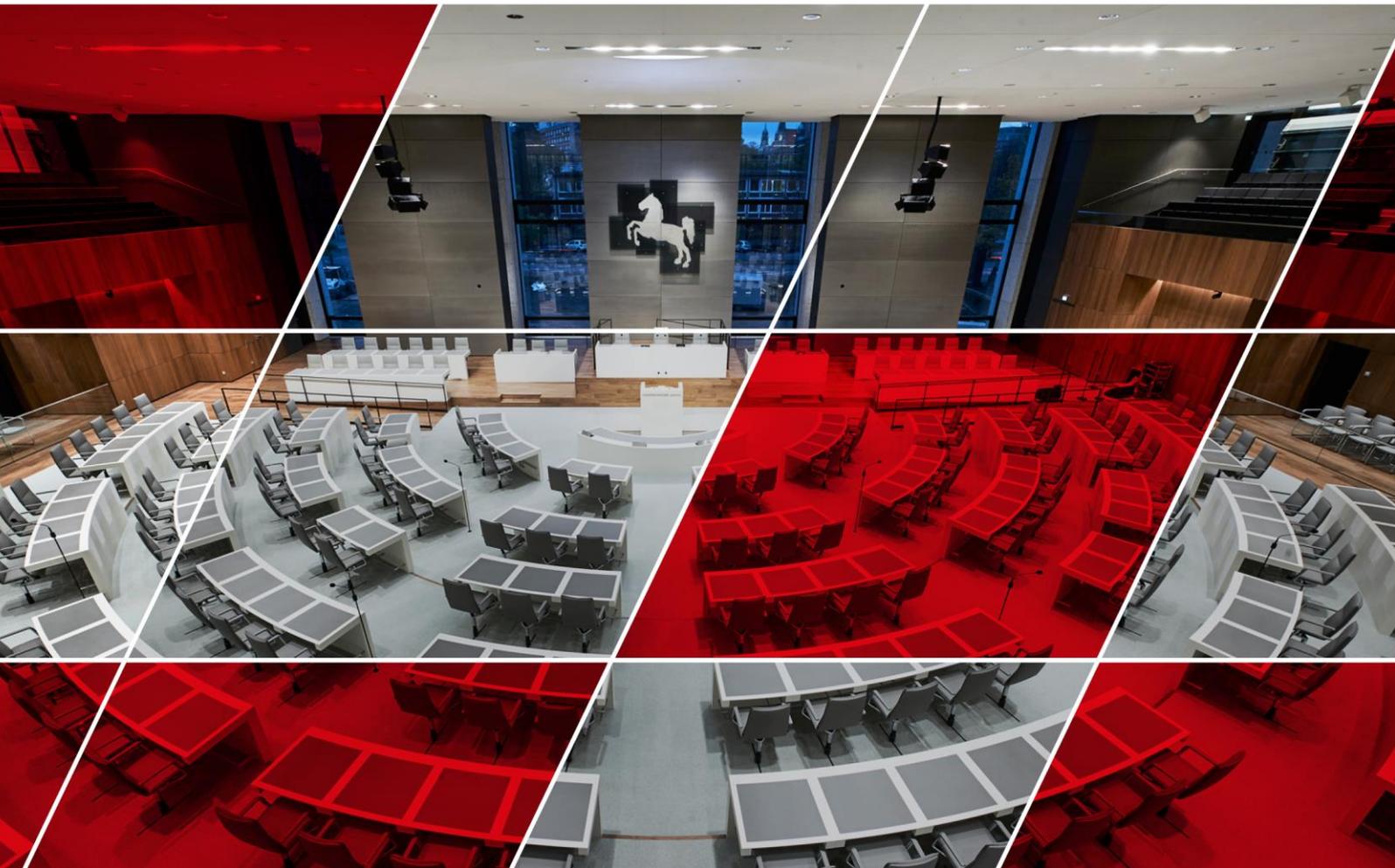
Neues aus dem Plenum

Ehrenamtskommission nimmt Arbeit auf

Mein Statement zur Förderung von Gründungen und Start-ups

Qualvolles Leid auf Tiertransporten beenden

Mein Statement zu den Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie:



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,

das Oktoberplenium stand im Zeichen der **Regierungserklärung** von Minister Olaf Lies zum Thema „Endlagersuche - eine Generationenaufgabe! Verantwortungsbewusst und transparent“. Dieses Vorhaben begrüßen wir außerordentlich, da nun die Entwicklung im Suchprozess um ein Endlagerstandort in ganz Deutschland neu bewertet wird. Der Findungsprozess ist wieder offen und wird auf rein wissenschaftlichen Erkenntnissen durchgeführt. Das Thema wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Es ist gut und richtig - zu diesem frühen Zeitpunkt - das Verfahren transparent darzustellen.

Mit der **Regierungserklärung** unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil unter dem Titel „Corona - mit Vorsicht und Umsicht in die nächsten Monate“ haben wir eine langfristige Strategie gegen die Covid-19 Pandemie vorgestellt.



Mit unserer **Aktuellen Stunde** zum Thema „112 % für Niedersachsen - Brand- und Katastrophenschutz bündeln und stärken“ wollen wir einen Blick auf die kommende Novellierung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG) werfen. Ziel ist die Reorganisation des Brand- und Katastrophenschutzes in Niedersachsen auf Basis der Erkenntnisse aus der Bewältigung von Schadensereignissen der letzten Jahre sowie der Ergebnisse der Strukturkommission Brandschutz.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir weiterhin auf die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements bei der Feuerwehr und im Katastrophenschutz – welches als zentrales Fundament für ein sicheres Niedersachsen steht.

Ich wünsche euch allen nur das Beste – Bleibt bitte gesund!

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Rüdiger Kauroff".

Ehrenamtskommission nimmt Arbeit auf – Rahmenbedingungen von bürgerschaftlichem Engagement verbessern:

Am Freitag den 02.10.2020 fand im Niedersächsischen Landtag die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ statt.

Die Einrichtung der Kommission wurde in der Juni Plenarsitzung von den Fraktionen SPD und CDU auf den Weg gebracht.

Als ältestes parlamentarisches Mitglied dieser Kommission habe der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff – in Anlehnung

an die Funktion des Alterspräsidenten für die konstituierende Sitzung des Landtages – die Sitzung bis zur formalen Konstituierung der Enquetekommission geleitet.

„Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft und ein wichtiger Bestandteil des Fundamentes unserer Demokratie. Die unzähligen Ehrenamtlichen in unserem Land leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, der sozialen Daseinsvorsorge und zur Solidarität in Niedersachsen“, erklärt Rüdiger Kauroff. „Wir müssen alle jene, die sich freiwillig engagieren und für den Gemeinsinn und das Wohl anderer einsetzen, dringend unterstützen. Das bürgerschaftliche Engagement, welches freiwillig und unentgeltlich in unseren Vereinen, Organisationen, Kommunalparlamenten und Initiativen geleistet wird, ist zentraler Schlüssel für das gesellschaftliche Miteinander vor Ort“, ergänzt Kauroff.

Die SPD-Politiker sind sich einig: „Wir müssen und wollen daran arbeiten, die Rahmenbedingungen des Ehrenamts in Niedersachsen zu verbessern. Ehrenamt darf nicht als zusätzliche Belastung wahrgenommen werden – die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement muss verbessert werden, der Frauenanteil im Ehrenamt erhöht und gestärkt sowie nicht zuletzt der Schutz aller Freiwilligen erhöht werden. Hass, Hetze und Gewalt gegen



Ehrenamtliche werden wir nicht zulassen!“. Die Kommission soll im kommenden Jahr erste Ergebnisse in Form eines Abschlussberichtes präsentieren.

Mein Statement zur Förderung von Gründungen und Start-ups:

Gründungen und Start-ups sind der Antrieb für die niedersächsische Wirtschaft und wichtiger Arbeitsplatzmotor in unserem Land. Daher ist es in der aktuellen Situation besonders wichtig, den Standort Niedersachsen für Gründerinnen und Gründer so attraktiv wie möglich zu machen.

Die 2017 vom damaligen Wirtschaftsminister Lies ins Leben gerufene Start-up-Strategie war ein guter Anfang. Insbesondere in der Corona-Pandemie ist nun entscheidend, eine übergreifende niedersächsische Strategie weiterzuentwickeln und Gründungen einfach zu machen. Dazu müssen gründungsbezogene Aktivitäten gebündelt und Finanzierungsmöglichkeiten verbessert werden. Durch gezielte Corona-Hilfen und Zukunftskonzepte kann die aktuelle Situation für Gründungen und Start-ups verbessert werden.

Ein besonderer Fokus muss auf der Förderung von sozial und ökologisch nachhaltigen Gründungen liegen. Vor allem aber muss Niedersachsen einen verstärkten Blick auf die Unterstützung von Gründerinnen richten. Niedersachsen kann es sich nicht leisten, interessante und zukunftsfähige Projekte zu verlieren.

Qualvolles Leid auf Tiertransporten beenden:

Niedersachsen ist eines der Länder mit den meisten Tierexporten in EU-Drittstaaten. Doch sind es gerade jene Tiertransporte, die in der Kritik stehen, und bei denen zahlreiche Mängel durch einen Bericht des EU-Agrarausschusses festgestellt worden sind. „Wir können und werden nicht wegschauen, wenn gegen das Tierwohl verstoßen wird“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff. „Gerade an heißen Tagen kommt es häufig zu einer massiven Temperaturüberschreitung der vorgeschriebenen Standards in Transportern. Das Tierwohl ist unsäglich – diesen Missstand wollen wir mit unserem Entschließungsantrag beenden.“



Der SPD-Politiker verweist darauf, dass Tiertransporte in Drittländer schon seit Jahrzehnten umstritten seien. „Ägypten, die Türkei, Usbekistan oder noch weiter entfernte Orte – sie sind häufig die Ziele der Tiertransporte. Es ist schlicht unmöglich, eine Sicherstellung der Tierschutzstandards außerhalb der

EU-Außengrenzen wahrzunehmen. Bis 2013 gab es durch Subventionen noch ein gut ausgebautes Netz von kontrollierten Raststationen für Tiertransporte. Nach Auslaufen dieser Subventionen sind jedoch nach und nach die Strukturen der Versorgungsstationen weggebrochen. Deswegen ist ein konsequentes und transparentes Kontrollverfahren heute nur schwer möglich“, so Kauroff weiter.

Einige Veterinärämter haben in eigener Verantwortung bereits den Transport in Drittstaaten unterbunden, da eine entsprechende Standardsicherstellung nicht gewährleistet werden könne. „Wir wollen alles daransetzen, dass unsere Veterinäre rechtliche Sicherheit bekommen und bei der Ausstellung von Zeugnissen für Langstreckentransporte in Drittländer keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten müssen. Es ist unzumutbar, dass unsere Landkreise und Amtsveterinäre weiter Zertifikate ausstellen, in denen sie glaubhaft darlegen müssen, dass die Standards vom Startpunkt bis zum Ziel eingehalten werden – das ist schlicht unmöglich.“

Der Entschließungsantrag der Regierungsfractionen von SPD und CDU zielt darauf ab, dass sich die Landesregierung für eine Novellierung der EU-Tierschutztransportverordnung einsetzt, damit die Bedingungen der Transportverbindungen für Zuchttiere verbessert werden. Dazu gehört, Transporte bei Hitze automatisch zu verbieten, die Kontrollen der Tiertransporte über den Aufbau einer bundes- bzw. EU-weiten Datenbank zu Transportrouten zu unterstützen und die Kontrolldichte über unangemeldete Kontrollen der Transporte zu erhöhen.

Mein Statement zu den Maßnahmen zur Einschränkung der Corona Pandemie:

„Wir erleben derzeit die zweite Coronawelle und ein Infektionsgeschehen, das ungebremsster und massiver ist, als wir es noch im Frühjahr erlebt haben. Es braucht nun entschiedene, mutige und bedauerlicherweise auch harte Maßnahmen, um der rasanten Virusausbreitung entgegen zu treten und das exponentielle Wachstum aufzuhalten. Wir müssen die Pandemie wieder beherrschbar machen und benötigen nun einen akuten Wellenbrecher – daher sind die gestern in Berlin gefassten Beschlüsse so wichtig. So schwerwiegend die getroffenen Maßnahmen sind, sie sind allesamt Instrumente und Bausteine, um unser Gesundheitssystem nicht zu überfordern, Menschenleben zu retten und unser Land vor einer pandemischen Katastrophe zu bewahren.

Ich verstehe, dass gerade bei Gastronomen, der Tourismusbranche oder auch den Kulturschaffenden, die allesamt in den vergangenen Wochen und Monaten Hygienekonzepte entwickelt haben, die beschlossenen Schließungen auf teilweise massive Kritik stoßen. Es sei gesagt: Niemand führt Schließungen, ob von Bars, Restaurants, Hotels oder Museen, leichtfertig durch. Selbstverständlich sehen wir die existenzielle Not vieler Unternehmerinnen und Unternehmer. Doch wir erleben gerade eine ungebremsste Ausbreitung des Virus, die diese Schritte notwendig macht.

Eine Ausbreitung, die eine Nachverfolgung von Ansteckungsketten nicht mehr ermöglicht und klassische Infektions-Hotspots nicht mehr identifizieren lässt.

Bekanntermaßen erhöht sich in geschlossenen Räumen das Infektionsrisiko. Deswegen gilt es hier, Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren – im privaten wie im öffentlichen Raum, in den eigenen vier Wänden wie in Lokalitäten oder öffentlichen Einrichtungen. Es bleibt wichtig, zu betonen: Nur gemeinsam werden wir durch die Krise kommen. Es ist die Zeit der Solidarität und Rücksichtnahme, nicht die Zeit von Egoismen und Unvernunft!

Dort, wo Schließungen zur Eindämmung der Pandemie notwendig sind, wird der Staat unter die Arme greifen – das hat die Bundesregierung gestern angekündigt. Firmen, die besonders von neuen Corona-Maßnahmen betroffen sind, sollen große Teile ihres Umsatzausfalls durch den Bund ersetzt bekommen. Dies hat Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz gestern vorgeschlagen. Kleine Betriebe sollen bis zu 75 Prozent ihrer Umsatzausfälle erstattet bekommen, größere Betriebe bis zu 70 Prozent. Vergleichsmaßstab ist dabei der Umsatz des Vorjahresmonats, also zunächst von November 2019. Wichtig ist, dass auch Soloselbstständige oder Kulturschaffende von den Hilfen profitieren.“

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:





Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge